

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

89 (21.4.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis:
In Karlsruhe durch Träger zugeleitet, monatlich 90 Pf., vierteljährlich
2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich
60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, M. 3.25, durch den
Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich.
Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher
Nr. 525.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt
„Blätter für den Familienschatz“.

Fernsprecher
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsblättrige Petitzeile oder deren Raum 25 Pf.,
Mellamen 60 Pf., Postanzeigen billiger. Bei älterer Wiederholung
entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle
Anzeigen-Berichtigungsstellen an.

Abdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Baden“ in
Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Director.

Berantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Sonntags-
für Ausland, Nachrichten- und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungs-
beilagen, den Handel und Verlehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Berantwortlicher für Angelegenheiten und Mellamen:
Hermann Wahl in Karlsruhe.

■ Nun, folle wir wieder alle katholisch ware?

Unter diesem Zeichen und dem des Altkohls siegten die Nationalliberalen in Oelsko-Ludt; wir haben es schon in der vorigen Woche ausgeprochen, daß der konfessionelle Hof an dem Siege der Liberalen teil hatte; jetzt aber bestätigt es die „Tägliche Rundschau“ (Nr. 178 vom 18. April 1910), indem sie schreibt:

„Über einem Punkte verfehlten die katholischen Bauern einen Spag, und das ist in ihrem evangelischen Glauben: eine Partei, die Arm in Arm mit dem Zentrum steht, hat es mit ihnen verbunden, und es bedurfte daher nicht erst des ganzen schweren Gewichtes einer hierzulande allerdings unbedeutenden Art der Agitation, um sie für sich zu erobern. Es hilft da auch nichts, ihnen klarzumachen, daß das Bedürfnis nur ad hoc geschlossen, soviel nur ein parlamentarischer Schutz gewesen ist; das versteht sie einfach nicht, glauben es auch nicht. Aber ihr Gefühl sagt ihnen, daß da etwas nicht stimmt, und man kommt in jenen Tagen des politischen Kampfes nach der Finanzreform die Anerkennung hören: „Na, wo wir wieder alle katholisch ware.“ — Ob die Regierung auf diese, noch recht unverfassbare „Stimme des Volkes“ hören werden? Discite moniti!“

Diese Feststellung sagt uns deutlich, wer in protestantischen Gegenden als konfessionelle Partei anstrebt und wer immer wieder mit dem furor protestantisches seine politischen Gründen zu machen sucht. Wenn die „Tägliche Rundschau“ schon so viel zugibt, dann kann sich jedes Kind vorstellen, was erst in Wirklichkeit geschehen worden ist. Dieser Grundton wurde in allen Variationen gehalten. Mit Rom, dem Papste, den Ordensleuten, den Jesuiten schreibt man die unmissverständlichen katholischen Gewalttaufen wurden in Aussicht gestellt. Und dabei bediente man, daß es sich weit und breit um keinen Zentrumsmann handelt, sondern die nationalliberalen machen den unprotestantischen Kontrahenten den Vorwurf, sie wollten die Masuren katholisch machen.

Wie nie mehr die Wählerschaft in Oelsko stehen, daß sie auf solchen Schwund herumfällt. Die Konkurrenz, die immer für die protestantische Kirche eingetreten sind, melden sich als Verkünder am Protestantismus kennzeichnen lassen. Wenn die Nationalliberalen aber einen besonders hohen Triumph auspielen wollen, dann wiesen sie darauf hin, daß der Leiter des Evangelischen Bundes bei ihnen sitzt und nicht bei den Konkurrenten. Ja, noch mehr. Es wurde an das Wort des großen Wolfe erinnert: „Katholisch müssen wir doch einmal alle werden!“ und dann den Leuten die Sache so dargestellt, daß dieser Zeitpunkt eintrete, sobald jetzt ein Konkurrent gewählt würde. Mit allen Mitteln wurde der Hass gegen den Katholizismus entfacht — dazu gehört ja nicht viel — und dann die Konkurrenten als die Verbündeten der — Katholischen — dargestellt. Auf diesem Fundament ruht der ganze nationalliberale Sieg und was der Konfessionskampf nicht fertig brachte, das hat der Schlag vollendet.

Diese Sitten führen die Nationalliberalen in den politischen Kampf ein; die Partei der „Bildung und des Bestes“. Über nun kommt die Rechtsseite: Wie wird den liberalen Katholiken bei dieser Gelegenheit? Wollen sie noch immer den Nationalliberalen die Stange halten und sagen, ihre Partei sei tolerant und gestoßen

auch Katholiken, mitzuarbeiten. In Oelsko ist diese Ausrede und Phrasé von den Liberalen selbst erschaffen worden. Die Nationalliberalen sind heute die Partei des Konfessionskampfes, ja, sie leben förmlich von dem Unfrieden unter den Konfessionen und wollen daher auch keinen konfessionellen Frieden. Die Männerseele erfordert, daß konfessionale Katholiken bis ins letzte Glied hinein den Nationalliberalen den Rücken lehnen.

Der Vorsitzende des nationalliberalen Vereins im Kreise Ludt dem Kürten Bülow das Wahlergebnis telegraphisch mitgeteilt. Der Fürst hat dem „Ludter Tageblatt“ zufolge telegraphisch geantwortet: „Rom, 18. April 1910. Das freundliche Interesse, daß Sie mit noch im Privatleben bewahren, ist mir eine Genugtuung, für die ich dankbar bin. Für Bülow.“ Großartig! Ob die Nationalliberalen auch ihre Niederlagen in Landau, Eisenach, Württemberg und ganz Baden nach Rom gemeldet haben, entzieht sich der Kenntnis der Deutschen Presse.

■ Warum so empfindlich?

Die „Badische Landeszeitung“ bringt in ihrer Nummer 179 vom letzten Mittwoch einen Sechzehner folgenden Inhalt:

„Die Zentrumspresse und mit ihr zusammen die konfervativ-bürgerliche Presse verbreiten zurzeit die Meinung, der Generalsekretär der damaligen nationalliberalen Partei habe erklärt, diese „wollt gemeinsam mit den Sozialdemokraten die badischen Kulturfragen lösen“. Dieses angebliche Diktum ist glatt erfunden.“

Gut gebrüllt, Löwe. Wie kann man einem nationalliberalen Manne auch nur einen solchen Auspruch unterstellen? Außerdem soll ein gewisser Herr Thorbecke, der Parteisekretär der Nationalliberalen in Baden ist, bei einer nationalliberalen Versammlung in Mainz am 31. Januar d. J. gesagt haben und zwar nach dem Berichte der gut nationalliberalen Börne, sie wollten die Masuren katholisch machen.

Das rein rassisches Abkommen mit der Sozialdemokratie hatte sich langsam zu etwas entwidelt, was wie in gewissem Sinne eine Arbeitsgemeinschaft nennen können. Im Landtag handelt es sich in erster Linie um kulturelle Fragen, in diesen darf und kann nur die Sozialdemokratie als Bundesgenossen in Betracht kommen.“

Nun sollen die oben dementierende „Generalsekretär“ und der im Bericht des nationalliberalen Blattes angeführte „Parteisekretär Thorbecke“ ein und dieselbe Person sein. Sein Ausbruch in Mainz ist doch klar und deutlich: „In kulturellen Fragen darf und kann nur die Sozialdemokratie als Bundesgenosse in Betracht kommen“, das heißt doch mit anderen Worten, daß die badischen Kulturaufgaben von der nationalliberalen Partei nur gemeinsam mit den Sozialdemokraten gelöst werden sollen. Oder will der Herr Parteisekretär die Richtigkeit des Berichts des nationalliberalen Blattes bestreiten? Dann hätte er dazu aber sehr lange Zeit gebraucht. Seit 2½ Monaten geht sein Diktum durch die ganze deutsche Presse und am 20. April endlich kommt er und erklärt, der Auspruch sei glatt erfunden.

Doch warum wird denn auf einmal so empfindlich, wenn man von der gemeinsamen Völung

der Kulturaufgaben durch den Großblock spricht? War es nicht der Parteisekretär Herr Thorbecke, der schon am 20. Oktober 1904 in einer Versammlung in Freiburg erklärte („Bad. Landeszeitg.“ Nr. 491), nachdem er eine Charakteristik der Sozialdemokratie gegeben:

„Trotzdem können wir in vielen Fragen, so in den meistens Kulturfragen (Verbebung des Schulwesens usw.) Schüler an Schüler mit denselben Sozialdemokraten kämpfen.“

Das ist doch gewiß deutlich. Am 28. Oktober desselben Jahres unterstrich der Parteisekretär jedoch diese Ausführungen in einer Versammlung in Billingen, wo er (cf. „Bad. Landeszeitg.“ Nr. 437) ausführte:

„An den Landtags- wie den Gemeindeangelegenheiten lasse sich bei Karlsruhe mit den Zentrumspartnern mit der Sozialdemokratie gut arbeiten, hingegen bei einem Einfuß des Zentrums hierin fast eine Zusammenstreuung entsteht.“

Diese Ausprüche zeigen, daß der Steuermann des nationalliberalen Parteischiffes in kulturellen nur in den roten Gewässern sein Heil und seine Verbündeten sucht. Der Parteisekretär, der zudem noch zu den zurück in der Partei den Ton angebenden nationalliberalen gehört, braucht deshalb zu gleichlautenden Ansichten doch absolut nicht zu verheimlichen oder zu verlängern. Es ist wirklich nicht nötig.

Es wird dem Chef, der gewiß manche Sorge haben wird, sicherlich viel Freude machen, wenn er sieht, welch gelehriger Schüler er hat; auch die Sozialdemokratie wird sich nicht wettern, dem „Kulturbund“ beizutreten, da sie bei den Bündnissen mit den Nationalliberalen bis jetzt ja noch nie zu kurz gekommen ist. Und auch wir vom Zentrum kennen die von der nationalliberalen Partei propagierten „Kulturfragen“ schon ziemlich genau und wissen, wie es damit ausschaut, daß doch hier ein verschämtes Bieren nicht nötig ist. An unserer Erinnerung ist auch noch recht gut der Auspruch der nationalliberalen Münchener Zeitung „Neues Nachrichten“, die am 31. Okt. 1905 (Nr. 508) anlässlich der Großbündbildung in Baden ausrief:

„Das, was die Liberalen heute noch von der Sozialdemokratie trennen, die großen grundstätlichen Fragen der Reichsrestitution, das kommt für die Gesetzgebung in den Einzelstandorten nicht in Betracht.“

Wir wissen auch noch recht gut, was die „Badische Landeszeitung“ alles schrieb nach den Großbündnwahlen 1909, wo sie von „der Sonne einer neuen Zeit“, von einem „neuen Baden“ in kulturellen Fragen darf und kann nur die Sozialdemokratie als Bundesgenosse in Betracht kommen“; das heißt doch mit anderen Worten, daß die badischen Kulturaufgaben von der nationalliberalen Partei nur gemeinsam mit den Sozialdemokraten gelöst werden sollen. Oder will der Herr Parteisekretär die Richtigkeit des Berichts des nationalliberalen Blattes bestreiten? Dann hätte er dazu aber sehr lange Zeit gebraucht. Seit 2½ Monaten geht sein Diktum durch die ganze deutsche Presse und am 20. April endlich kommt er und erklärt, der Auspruch sei glatt erfunden.

Zum Lichte all dieser Vorgänge betrachtet, gewinnt man von der Erklärung des Parteisekretärs einen eigentlich üblichen Eindruck. Der große Brite Shakespeare würde zu ihr und ihrem Inhalt gesagt haben:

Worte, mit Luft gefüllt!

Deutschland.

Berlin, 21. April 1910.

— Ein Antrag des Abgeordneten Erzberger.

In parlamentarischen Kreisen hat der Antrag Erz-

berger betreffend Herauszehrung der Südwesterländer Gejellschaften zu den Kriegskosten berechtigtes Aufsehen erregt. Die Mehrzahl der Fraktionen wird, da die Angelegenheit von erheblicher politischer Tragweite ist, schon in den nächsten Tagen Sitzungen abhalten, um zu der Sache Stellung zu nehmen. Die stonervativeen sollen, wie verlautet, prinzipiell mit dem Antrag Erzberger einverstanden sein, jedoch sind bestimmte Beschlüsse noch nicht gefaßt. Von führender nationalliberaler Seite wird dem „Los-Alzinger“ mitgeteilt, daß der von Abgeordneten Erzberger vorgelegte Gesetzesvorschlag für sie völlig unannehmbar sei. Die „Arts. Blg.“ bezeichnet den Antrag als Vortrag gegen den Kolonialitätssekretär Dernburg während der konervative „Reichsbote“ gleich wütend und unsachlich von einer Wiederanfrage der 1907 bekräftigten kolonialen Nebenregierung spricht. Man sieht daran wenigstens, daß der Antrag großes Interesse findet.

Die Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses soll abgeändert werden, weil seit der Anwesenheit sozialdemokratischer Abgeordneter öfters lästige Szenen entstanden sind, ohne daß der Präsident die Macht gehabt hätte, derartigen Skandalen ein Ende zu machen. Bereits wurde in der Geschäftsordnungskommission über die zu treffenden Maßregeln beraten. In einer Sitzung der Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses wies Präsident Kröcher, der an ihr teilnahm, daraufhin, daß ihr Beifluss, die Geschäftsordnung zu verfälschen, insofern eine Lücke enthalte, als darin nicht gefaßt sei, wie der etwaige Ausschluß von Mitgliedern des Hauses ausgeführt werden sollte. Die Kommission beschloß deshalb, die Angelegenheit bis zu ihrer nächsten Sitzung am kommenden Freitag zu vertagen und dazu auch Regierungsvertreter einzuladen.

Um ein nationalliberales Mandat handelt es sich, wie bereits hier bemerkt, bei der Eröffnung für den verstorbenen Grafen Oriola. Die Aussichten der Nationalliberalen, das Mandat wieder zu gewinnen, werden von der „Arts. Blg.“ sehr gering eingeschätzt. Sie gibt in Nr. 109, 3. Morgenblatt, die Wahlergebnisse der letzten Wahlen wieder und schreibt dann:

„Die parteipolitische Zusammenziehung der Anhänger Oriolas ist durchaus zweifelhaft. Die Mehrzahl seiner Wähler ist agrarisch und im Bunde der Landwirte organisiert. Die nationalliberale Organisation ist nur sehr schwach und jedenfalls gegenüber den strengen Organisationen des Bundes der Landwirte ohne viele Bedeutung. Im Sinne des Bundes der Landwirte macht die vom Grafen Oriola mitgebrachte „Neue Freiburger Tageszeitung“ eine durchaus konervative Politik, die sich nur so oft in einem scharfen Gegensatz zum Nationalliberalismus stellt. Als sich Graf Oriola bei der Reichsfinanzreform von der nationalliberalen Fraktion trennte und als auch von nationalliberalen Wählern die Abstimmung des Mandats gefordert wurde, konnte der Wahlkreisvorstand des Bundes der Landwirte erklären, daß Graf Oriola seine Wahl in erster Linie dem Bunde der Landwirte und dessen Wahlarbeit zu verdanken habe; Graf Oriola sei nicht so sehr nationalliberaler Kandidat geworden, sondern er sei in einer sehr gut berührten Vertreterinsmännerversammlung des Bundes der Landwirte zuerst als Kandidat des Bundes aufgestellt worden. Es

„Sind Sie Mr. Paul Chielhurst?“ fragte der Vater.

„Ja, ja, mein Junge,“ verriet der Herr und streckte mechanisch die Hand aus. „Geben Sie das Papier her!“

„Halt! Ich muß Sie zuerst im Gesicht sehen. ...“

„Guten Abend, Mr. Edward...“ — „Kennen Sie mich?“ — „Davo, und den Herrn dort auch.“ Der Sprecher deutete auf Gilbert Harding, der ihn erstkannt stand an. „Und woher kennen Sie mich denn? Von Cambridge oder von...“ — „Das Ratet hilft Sie nichts, ich sag Ihnen doch nicht.“

„Run, kommen Sie!“ sagte Mr. Chielhurst, ungeduldig werdend, „das Papier, das Papier!“ — „Lassen Sie sich einmal anschauen,“ verriet der Vater. „Ah! graue Augen mit dichten buschigen Brauen — gut, das paßt alles. Da sind die Papier!“

Der Advoat amüsierte sich köstlich bei diesem — nicht eben schmeichelhaften Signalement, das ihm vorgehalten wurde: „Wer hat Ihnen denn diese Beschreibung von meiner Wenigkeit gemacht?“ fragte er lachend. — „Mr. Saltmarsh,“ erwiderte Collin. (Fortsetzung folgt.)

Theater und Kunst.

Freiburg. Eine nette Polemik hat sich in den letzten Wochen in Freiburger Blättern abgespielt. Am Karfreitag, den 25. März d. J., hatte der Freiburger Musikverein in der Sängergasse die Johannisspassion von Bach aufgeführt. Die „Breisgauer Zeitung“ brachte eine Kritik, welche sich, neben sachlich scharfer Beurteilung, auch persönlich infosofern gegen den Dirigenten des Vereins wendete, als sie so sinnlich alle Mängel, welche sie konstatieren zu können glaubte, dem Leiter zur Schuld rechnete und ihn für nicht berufen erklärte, große Bachische Chor-

Dämon Gold
oder das Erbe von Moultry Hall.
Kriminalroman aus dem Englischen des F. J. Smith
in freier deutscher Bearbeitung von
Fortsch. 23. Kapitel.

Mr. Paul Chielhurst stand seit vielen Jahren in dem Huze, einer der ausgesuchtesten Zuriethen Englands zu sein; aber außerhalb der Kreise, in die er ein sogenannter „Rechtsberater“ war, und als Soldat in den Fall kam, vor den Schranken der öffentlichen Zeit zu erscheinen. Er verstand es, den vermeidlichsten Tatbestand, die zweifelhafteste Rechtsfrage gleich einem Anatomen in die einzelnen Teile zu zerlegen und jedem Leien zugänglich zu machen. Damit verband er eine seltsame wissenschaftliche Bildung, große Geschäftswandtheit und vor allem eine ungeheure Rechtskenntnis, und es ist unter diesen Umständen nicht zu verwundern, daß seine Praxis eine sehr ausgedehnte und selbsterklärendlich nicht weniger lucrative war. Oft kamen Leute in Personen, die zu beratzen, und wenn das kleine, von Rauch gezwärzte Kabinett zu Bump Court hätte reden können, so würde es gar seltsame Familiengeheimnisse ausgeplaudert haben, wenn anders es nicht von seinem Bewohner Schweigemäßt gelernt hätte.

Mr. Chielhurst hielt ein Praktikum, zu dem er gleichzeitig nie mehr als sechs Zuhörer aufnahm. Gegenwärtig befinden sich unter dieser Zahl Gilbert Harding und Edward Galton, welch letzterer das hochgelobte Stipendium erhalten hatte. Sie waren seine liebsten Jünglinge: er freute sich ihrer unermüdlichen Ausdauer, ihrer vollen Hingabe an

ist anzunehmen, daß der Wind der Landwirte auch bei der demokratischen Erholung Anspruch auf das Mandat machen wird, das er seines bereits besessen hat, nachdem Graf Oriola aus der national-liberalen Fraktion ausgeschieden war und durch seine Abstimmungen sich zum schwarz-blauen Block geslagen hatte."

Die "Freis. Stg." hat mit diesen Darlegungen allerdings die Absicht, die Nationalliberalen dazu zu veranlassen, daß sie mit den Fortschrittlern gemeinsame Sache machen, um den Wahlkreis für den Liberalismus zu retten. Trotzdem dürften ihre Angaben den Tatsachen ziemlich nahe kommen. Angeblich wollen die Nationalliberalen mit den Bündlern den Direktor des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Dr. Becker, ausspielen, für den man auch die Hilfe des Zentrums erhofft. (Für einen Nationalliberalen zur gegenwärtigen Zeit die Hilfe des Zentrums?) Eigentümlich genug müßte sich übrigens ein solcher Abgeordneter in den national-liberalen Reihen ansnehmen, wenn man an den badischen Großvater denkt. Andererseits heißt es, die Bündler hätten den Reichstagswahlkampf v. Helmolt in Aussicht genommen. Jedenfalls wird das Mandat heiss umstritten werden.

○ Kurze Anfragen an die Regierung. Die verstärkte Geschäftsaufnahmekommission des Reichstages beschloß, in der Frage der kurzen Anfragen nach einem Antrag des Dr. Müller-Meiningen folgende Fassung des § 33 b: Die Mitglieder des Reichstages können kurze Anfragen tatsächlicher Art an den Reichstanzler über Angelegenheiten die zur Zuständigkeit des Reiches gehören, richten. Diese Anfragen sind schriftlich beim Präsidenten einzurichten. Durch diese Anfrage darf einem späteren Punkt derselben Tagesordnung nicht vorgegriffen werden. Auch dürfen die Verhandlungen in einer Kommission des Reichstages nicht zum Gegenstand einer solchen Anfrage gemacht werden. Es ist also anzunehmen, daß eine Einigung in bezug auf diese Frage erzielt wird.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Roosevelt in Ungarn. Roosevelt besuchte gestern vormittag den Erzherzog Josef und den Ministerpräsidenten Kálmán Héderváry. Er erschien mittags im Parlament, wo die ungarische Gruppe der interparlamentarischen Konferenz eine Sitzung abhielt. Graf Albert Apponyi überreichte ihm namens der Gruppe eine Adresse. Roosevelt nahm an dem Dejeuner bei dem Erzherzog Josef teil.

Valkanstaaten.

Die Militärdienstzeit in der Türkei. Die Deputiertenkammer beschloß, mit 146 Stimmen gegen 43 Stimmen, die Dauer der Dienstzeit im Heere auf 25 Jahre festzulegen, wovon 3 Jahre bei der Fahne abzurechnen sind. Die Dienstzeit bei der Marine wurde auf 18 Jahre festgesetzt.

□ Die Lage in Albanien. In Konstantinopel ist ein Telegramm eingetroffen, das meldet, daß bei Verröhrlich 12 000 Albaneen zwei türkische Truppenabteilungen überfielen und 24 Stunden belagert haben. Die Truppenführer telegraphierten nach Ueskiub um Hilfe, worauf zwei weitere Abteilungen zum Einsatz gingen. Auch diese wurden überfallen. Nachdem ein Offizier und einige Männer gefangen genommen worden waren, mußten sie sich zurückziehen. Darauf gingen mehrere Bataillone des 3. Korps ab, bombardierten einige albanische Dörfer, deren Einwohner ins Gebirge flüchteten und entsetzten die belagerten Abteilungen. Täglich gehen 6 bis 7 Bataillone von Saloniki nach Albanien ab.

Frankreich.

— Russisch-französische Minister-Konferenz. Eine Unterredung der auswärtigen Minister von Frankreich und Russland, Bidon und Tsjawolski, fand gestern vormittag im Ministerium des Außenfern in Paris statt. Neben den Inhalten der Unterredung sind in diplomatischen Kreisen nur Vermutungen im Umlauf. Die hiesigen Korrespondenten russischer Zeitungen erfuhren, daß die beiden Staatsmänner sich u. a. mit neuen Bedingungen für eine Friedliche Auseinander setzten und daß außerdem zu der ihm beigedrehten Kreuzer Doris noch das fünfte Kreuzergeschwader von Panzerkreuzern und 24 Torpedobootsräder der 1. Torpedobootsräder Flotte umfaßt, um ganze 35 Schiffe; ehe die blaue Flotte als eine Gefechtsseinheit vollendet sein wird, hat die atlantische Flotte einen Angriff von Torpedobootsräder auszuhalten. Die Streitkräfte, über die Prinz Wattenberg verfügt, werden nun ungefähr halb so groß sein als die rote Flotte, die von Admiral May kommandiert wird. (Köln. Volksztg.)

— Die Bevölkerung Frankreichs ist in den letzten vier Jahren (1906 bis Ende 1909) numerisch fast dieselbe geblieben; sie ist um knapp 50 000 Seelen gewachsen und erreicht heute nicht ganz 39 1/2 Millionen. In demselben Zeitraum hat die Bevölkerung in Deutschland um rund 3 Millionen, in England um rund 5 Millionen, Italien um 3 Millionen zugewonnen. Merkwürdigweise wächst in Frankreich die Zahl der Ehen, während die Zahl der Geburten abnimmt. Von Zweikinder-System kommt man zum Ein-Kinder-System. Dabei ist nach Angabe Frankreich das Land der größten Sterblichkeit. Es fanden in Frankreich auf 10 000 Einwohner in den letzten 4 Jahren jährlich 200 Todesfälle, in Deutschland 197, in England 164, in Holland 159, in Schweden 154, in Dänemark 148, in Norwegen 145.

England. London. Die Catholic Association Englands hielt vergangene Woche ihre 13. Jahressammlung unter dem Vorsteher von Lord Denbigh ab. Der Lord Mayor von London, seine Gemahlin und mehrere andere katholische Staatsoberhäupter befanden sich unter den Anwesenden. Der Vorsteher brachte den Toast auf den König aus, erinnerte aber gleichzeitig daran, daß man den Souverän von der für alle Katholiken beleidigenden Schwurformel befreien sollte. Das Gesetz müsse geändert werden, wenn die Freiheit der Katholiken eine Garantie bleiben sollte. Lord Denbigh betonte auch, daß den englischen Katholiken ein Katholikentag dringend not ist. Die Catholic Association vermittelte nur den Weg nach Rom zu den Gräbern der Apostel, sie erleichterte die Pilgerfahrt nach Rom, wo die wahre Quelle des katholischen Glaubens steckt. Zu dem Eucharistischen Kongreß nach Montreal wurde sie eine schöne Anzahl Katholiken entsenden. Der Präsident fordert die Katholiken auf, im Schulkampf nicht zu wanken, indem er darauf verwies, daß die katholische Schule und katholische Erziehung die Wurzeln des katholischen Glaubens seien. (Aus: Vaterland.)

Die Nordsee-Manöver der englischen Flotte. Die atlantische Flotte Großbritanniens verließ am letzten Montag den Hafen von Dover, um an den großen Nordsee-Manövern teilzunehmen, die bis Ende dieses Monats dauern werden. Zum ersten Male nimmt die Flotte als ein homogenes Gefüge der an den Übungen teil; sie enthält u. a. jechs Schlachtkräfte des Formidable-Typs: den Prince of Wales (Flaggschiff des Vice-Admirals Prinz Louis von Battenberg), London (Flaggschiff des Rear-Admirals Sir Colin Keppel), Queen, Formidable, Invincible und Venerable. Prinz Louis von Battenberg wird die blaue Flotte kommandieren, die unter seinem Schlachtkräfte-Geschwader und dem ihm beigedrehten Kreuzer Doris noch das fünfte Kreuzergeschwader von Panzerkreuzern und 24 Torpedobootsräder der 1. Torpedobootsräder Flotte umfaßt, um ganze 35 Schiffe; ehe die blaue Flotte als eine Gefechtsseinheit vollendet sein wird, hat die atlantische Flotte einen Angriff von Torpedobootsräder auszuhalten. Die Streitkräfte, über die die Prinz Wattenberg verfügt, werden nun ungefähr halb so groß sein als die rote Flotte, die von Admiral May kommandiert wird. (Köln. Volksztg.)

Amerika.

Ein demokratischer Wahlsieg. Bei der am 20. April in Rochester stattfindenden Kongresswahl siegte Raven (Demokrat über Aldridge (Republikaner)) mit einer Mehrheit von 4000 Stimmen.

Canadas Flottenvorhabe. Bei der Beratung einer Klausur der kanadischen Flottentillen, die besagt, daß die kanadische Flotte ohne einen im Geheimen Rat erlaubten formellen Beschuß des Generalgouverneurs nicht in Aktion treten kann, erklärte Premierminister Laurier in Name der Gemeinen, daß England in der Vergangenheit schon in solche Kriege verwickelt gewesen sei, daß Kanada unmöglich hätte daran teilnehmen können, z. B. in der Krise und in Neapel. Wenn natürlich Großbritannien ernstlich in Gefahr geraten sollte, so würde die Woge der Bevölkerung das ganze Reich übersetzen und dann würden die ganze Flotte und alle Hilfsquellen Kanadas dem Mutterlande zur Verfügung stehen. Der Führer der Opposition, Borden, sagte, daß das Gesetz des Reiches könnte binnen zehn Tagen entstehen und wenn die kanadische Flotte könnte nur eine geringe Unterstützung bringen, wenn immer erst die formelle Erlaubnis nötig sei. — Das Haus der Gemeinen nahm einen Antrag an, der die Regierung ermächtigt, im Notfalle alle Docks und Werften den britischen Behörden zu überlassen. Nach der Flottenbesichtigung der Königin oder des Generalgouverneurs als seinem Vertreter das Oberkommando über die kanadische Flotte. (Köln. Volksztg.)

werke aufzuführen. Infolge dieser persönlichen Angriffe nahm der Musikverein Anlaß, für seinen Dirigenten einzutreten. Er nahm gegen die Kritik Stellung im "Tageblatt" Nr. 79 II. und trat den persönlichen Angriffen ruhig, aber bestimmt entgegen. Dies erregte die "Breisg. Stg." und ihren Präferten derart, daß sie eine große Entgegengabe brachten, in der u. a. folgendes zu lesen war: "Dies Elaborat, welches sich als eine Art Kritik der Kritik darstellt (eigentlich kleinländischer Kritikstandpunkt!) und „durch dieses Vorgeben wird die Freiheit der Kritik aus Empfindlichkeit angestaut“, ferner „die freie Kritik im allgemeinen habe ein Interesse daran, Gepflogenheiten, wie sie der Freiburger Musikverein mit seinen Ausführungen in das Musifleben einzuführen beabsichtige, seien aufs Schwärze zurückzuweisen".

Natürlich trat der Musikverein dieser Proklamation ironischerweise "Freiheit" der Kritik entgegen, nahm für sich das Recht der Befriedigung in Anspruch und schloß mit dem Satz: "Wohl möchte man den Gegnern ins Ohr flüstern: 'Werden Sie älter, dann werden Sie sicherlich nicht mehr verlangen, daß, wenn Sie geprüft haben, alle anderen schwärzen müssen.' Man sollte denken, daß die Richtigkeit dieses Standpunktes hätte Anerkennung finden müssen, denn die "Freiheit" des Kritikers muß sich mit der Freiheit des Angriffers vereinigen lassen. Aber weder der Kritiker noch die Redaktion der "Breisg. Zeitung" haben dies eingesehen und haben im "Freiburger Tageblatt" Nr. 84 I. die denkwürdigen Worte erwidert: "Woher würde es in dem Kunstleben einer Stadt kommen, wenn sich auf tadelnde Bemerkungen eines berufenen Kritikers (der "Breisg. Stg.") hin sofort der Kritisierte bereit fände, mit einer "Kunstpolemit" vor der breiten Öffentlichkeit zu beginnen? Das würde u. E. zu-

absolut unhalbaren Zuständen führen, ganz abgesehen davon, daß unter diesen Umständen eine Kritik überhaupt zwecklos wäre." Die Stellungnahme von Seite der Kritik ist durchaus falsch. Daß die "Breisg. Stg." sich dabei auf ihr Recht beruft, beweist indes doch, daß sie ihrer Sache nicht ganz sicher ist. Wir möchten dem gegenüber doch konstatieren, daß die Kritik sich selbst unmöglich machen würde, sobald sie den Anspruch erhöhte, absolut und daher unüberprüfbar zu sein. Der Kritiker darf unter keinen Umständen dem Kritisierten das Recht bestreiten, von dem er selbst Gebrauch macht, sonst verbindet er sich selbst den Mund. Und: kann man die Kritik nicht unrichtig, kann sie nicht ungerecht sein? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten. Die Folgerung davon ist einfach. Dabei soll übrigens zugestanden sein, daß es nicht der normale Zustand ist, daß sich im Kunstleben der Kritisierte gegen die Kritik wehrt. Über ihm das Recht, sich zu wehren, zu bestreiten, geht unbedingt nicht an.

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg. Das Anzeigblatt für die Erzbistümer Freiburg vom 21. April gibt folgendes bekannt: Die Pfarrei Oberkirchbach wird mit Zustimmung des Großherzogs vom 1. April d. J. an aufzubauen, die Pfarrei als Pfarrkirche nach Kollnau übertragen; Oberkirchbach wird Filialgemeinde der Pfarrei Ober-

Für die Pastoralkonferenz sind als schriftliche Arbeiten zwei Themen aus der Erziehung gegeben. Zur ersten soll die Einbildung der Seelorge auf die häusliche Erziehung der Kinder behandelt werden, im zweiten das Strafen im Religionsunterricht und in der Pastoraltheorie der Jugend überhaupt Art des Strafens und Takt und Vorsicht beim Strafen.

Baden.

Karlsruhe, 21. April 1910.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bewogen gefunden, dem persönlichen Adjutanten Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Albrecht von Württemberg Rittermeier Freiherrn Alfred von Gaisberg-Hohenberg das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädig geruht, auf 1. Mai d. J. den vorliegenden Rat Ministeriums des Innern Landeskommisariats für die Kreise Karlsruhe und Baden, Geheimen Oberregierungsrat Adolf Höhnebach in Karlsruhe auf sein unterstäniges Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen und erprobten Dienste in dem Ruhesatz zu versetzen und zum Geheimen Rat 2. Klasse zu ernennen, den vorliegenden Rat in Ministerium des Innern, Geheimen Oberregierungsrat Hermann Rebe zum Landeskommisariat für die Kreise Karlsruhe und Baden zu ernennen, den Amtsvoivod Oberamtmann Dr. Karl Bauer in Wertheim unter Verleihung des Titels Ministerialrat zum vorliegenden Rat in Ministerium des Innern zu ernennen, den Amtsvoivod Oberamtmann Friedrich Schmidt in Borgberg in gleicher Eigenschaft nach Wertheim zu versetzen, 5. den mit der Verwaltung des Bezirksamts Überkirchbach beauftragten Oberamtmann Friedrich Rein zum Amtsvoivod zu ernennen, 6. den Oberamtmann Heinrich May in Durach mit der Verwaltung des Bezirksamts Borgberg zu beauftragen, 7. in gleicher Eigenschaft zu versetzen die Oberamtmänner Karl Billmaier in Mosbach nach Karlsruhe, Dr. Karl Gadenbach in Karlsruhe nach Mosbach und Dr. Oskar Reiß in Durach nach Durach.

Mit Entschließung Großes Ministeriums des Innern wurde dem Amtsvoivod Karl Herrmann in Mannheim Wehrmachts-Überwachung in den Dienst der Stadtverwaltung Mannheim die nachgeführte Enthaltung aus dem staatlichen Dienst erteilt.

Aus den Kommissionen.

BZK, Karlsruhe, 20. April. In der Sitzung der Kommission für Justiz und Verwaltung am 19. April wurde mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs, betr. die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch in Frage kommt, begonnen. Die Regierung wendete sich gegen die Streichung des § 6 Abz. 3 der Gemeindeordnung, wonach die niedere Polizei von den Standes- und Grundherren im Umfange ihrer Schlösser, Wohnungen etc. ausgeübt wird. Gleichwohl wurde die Streichung dieser Vorchrift mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Wenige Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Schließlich wurde über die in der ersten Lesung zurückgestellten Anträge abgestimmt. Der von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Antrag, wonach die Gemeindeordnung, soweit der Bericht des Ab. Dr. Koch

ADOLF SEXAUER,

Karlsruhe. HOFLIEFERANT. Friedrichsplatz 2.

Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Reisedecken, Divandecken, Tischdecken, Felle, Kirchenteppiche, Bettvorlagen, Fensterläden, Leinengarnituren.
Grosse Auswahl. Rabattmarken. Billige Preise.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere innigst geliebte Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante,

Frau Maria Zeller Witwe,

Hauptlehrerin a. D.,

heute früh 8 Uhr, versehen mit den heiligen Sterbe-

festamenten, in die ewige Heimat abzurufen.
Die trauernden Hinterbliebenen:

Maria Zeller, Hauptlehrerin,
Pauline Herber, geb. Zeller,
Sekretärin-Witwe,
und Kinder.

Karlsruhe, den 20. April 1910.

Die Beerdigung findet Freitag mittag halb 3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.
Trauerhaus: Werderplatz 29.

Grundstücks-Zwangsersteigerung.

Nr. 2049. Die auf Freitag, 22. 1. Mts., bestimmte Zwangsersteigerung des Grundstücks Lgb.-Nr. 15 (Waldhornstraße 19) der Möbelhändler Friederich Holz Gehrle findet nicht statt.

Karlsruhe, den 21. April 1910.

Groß Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

Dr. Schwarzschild.

Kur- und Wasserheilanstalt

Dussnang Station Sirnach
600 Meter über Meer (Kanton Thurgau)
Schweiz.

Ruhiger Aufenthalt für Erholungsbedürftige. Erfolgreiche Kuren speziell gegen Blutarmut, Herzleiden, Nervenschwäche und Rheumatismen. — Schöne Waldspaziergänge. Ausflüge und Bergstouren. Komfortable Zimmer. Gute Küche. — Wasserheilverfahren durch warme und kalte Bäder. Douchen. **Sool- und Kohlensäure-Bäder.** — Diätetische Kuren. — Milchkuren. — Massage. — Dreimalige Postverbindung mit Station Sirnach. — Telefon. — Mäßige Preise. — Prospekte zu Diensten. — Kurarzt: Dr. Etter.

Die Direktion der Kuranstalt.

Carola-Quellen reinigen die Nieren.

Zur Frühjahrskur trinken Sie bei Störungen der Nierenfunktionen und der harnorgane, Steinleiden und gleichzeitig fröhligkeiten 1 fl. Carola-Heilquelle; 10 Flaschen genügen, um Sie vom Erfolg zu überzeugen. Fragen Sie Ihren Hausarzt! In allen Apotheken u. bez. Mineralwasserhandlungen erhältlich, sowie in der Mineralwassergründelung Dr. Kux & Flüner, Bielefeld 30, Telefon 255, sowie im eigenen Depot, Karlsruhe-Mühlburg, A. Müller, Mineralwasserfabrik, Rheinstraße 48. Telefon 1233.

Vereinsbank Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Die abgerechneten Einlagebücher können gegen Rückgabe der diesbezüglichen Quittung in Empfang genommen werden, ebenso die auszahlbaren, noch unerhobenen Dividendenbeträge.

Der Vorstand.

Feiertage halber bleiben unsere Geschäfte
Marienstraße 46 und Schillerstraße 35
Samstag 23., Sonntag 24. u. Montag 25. April
geschlossen.

Gebrüder Hagenauer, Metzgerei.

Katholischer Gesellenverein Karlsruhe.

Bei der am Sonntag, den 24., abends 19 Uhr, im Gesellenhaus, Sophienstraße 58, stattfindenden

Theateraufführung (Fügungen u. Führungen)

adet freundlich ein

Im Namen des Vorstandes:

Andreas Simon, Präses.

Preis: M. 1.—, 0.80, 0.50, 0.30. Vorverkauf bei Doerfer u. Dohler und Elisabethenhaus, Birk, Marienstr.

Gebräuchte Badewanne mit Kohlenfeuerung sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 630 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wohnung zu vermieten
Schützenstraße 37, 1. Stock, 3 Zimmer, Küche, Keller, Manzarde und Zubehör auf 1. Mai. Näheres detailliert.

Künstlerfest Karlsruhe 1910

Freitag den 22., Samstag den 23., ab nachm. 4 Uhr
Sonntag den 24. April, ab 2 Uhr nachm.
in der Städtischen Festhalle

3 Tage in Monte Carlo

Empfang exotischer Fürstlichkeiten
Künstlertheater · Cabaret
Ozeanographisches Museum · Taubenschlägen · Marionettentheater · Café de Paris · American Bar · Balkon-Büffets
Spiellokal
Belichtung des Halley'schen Kometen etc. etc.

Eintrittspreis: 2 Mark
Vorverkauf u. Tageskolle.

Dauerkarten: 5 Mark
(nur im Vorverkauf).

Freitag, den 22. April, abends halb 9 Uhr,
findet im unteren Novakssaal

große Zentrumsversammlung

statt, veranstaltet vom hiesigen Windthorstbund.

Es sprechen:
1. Herr Landtagsabgeordneter Neuhans über:
„Die politische Lage in Baden“;

2. Herr Generalsekretär Dr. Scharnitzel aus Köln über:
„Die Bedeutung der Windthorstbunde für die Zentrumsparthei“.

Alle Anhänger und Freunde der Zentrumsparthei sind zu zahlreichem Besuch freudlich eingeladen.

Der Vorstand des

Windthorstbundes Karlsruhe.

Mehrtipendienbuch (neueste Ausgabe)

(Stück 50 Pf.)

empfiehlt

„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

seine Erzeugnisse und Waren gut zu verkaufen, den Kundenkreis stets zu vergrößern, seine Fähigkeiten einem ausgefeilten Publikum bekannt zu machen, ist der:

fortwährend Reklame zu machen!

Benutzen Sie dazu auch fernerhin den in Karlsruhe, in nächster Umgebung, sowie in ganz Baden und darüber hinaus dicht verbreiteten und in allen Volkschichten sehr gerne gelesenen

„Badischer Beobachter“

— und Sie werden Erfolg haben.

Als Hauptorgan sehr geeignet für Familien- und Vereinsanzeigen, wie auch für alle Arten von Gesuchen und Bekanntmachungen.

Für Kirchenhöre.

Ein neuer, prächtiger Chor für das hochzeitliche Fronleichnamsfest:

Erfreut Euch, liebe Seelen,
für gem. Chor mit belied. Orgel oder

Instrumentalbegleitung

v. J. Grumann.

Partitur 1 M. 4 Stimmen 80 Pf.
Buchdruckerei Schweizer in Freiburg i. S.
wünscht diesem opus die weiteste Verbreitung.

Musikalienhandlung Karl Volt, Baden.
Anfragen senden steht zu Diensten.

Für Küber!

In einem lath. gr. Ort mit 1600 E., wäre einer Küber Gelegenheit geboten, eine gehende Weinhändlung zu erwerben. Im genannten Ort ist keine Konkurrenz. Günstige Verkaufsbedingungen.

Näheres unter Nr. 625 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Anfängern wird gründlicher Klavier-Unterricht erteilt. Die Stunde 60 Pf.

Hirschstraße 75, 1. Et.

Maschinendruckerei Vervielfältigungen aller Art.

Hans Dinger

Karlsruhe I.B. Wielandstr. 16.

Übernahme aller sonst vor kommenden maschinellen Arbeiten. Muster nach anfordern. Muster und Preisangebote zu Diensten.

Verschwiegenheit sicher.

Die Preise sind billige.

Auftragung beliebt.

Ausführung rasch und sauber.

Pilo

Probieren Sie Pilo und Sie werden finden, dass es die beste Schuhcreme ist, die existiert.

Verlangen Sie nur Pilo!

Zwei unmöblierte Zimmer
an eine Dame oder einen Herrn auf
sofort oder später zu vermieten.
Näheres Friedenstraße 17, III.

Nachhilfe in Mathematik, Englisch Franz. wird billig erledigt
Angebote unter Nr. 619 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.